

SPD
Die Grünen/Bündnis 90 FDP
Fraktionslose Bürgerschaftsmitglieder

CDU

BFL
Die Linke

An die Stadtpräsidentin der
Hansestadt Lübeck

Rathaus
23539 Lübeck

Lübeck den 10.06.2010

Zu Punkt 1 der Tagesordnung
Drs. Nr. 546

Sondersitzung der Bürgerschaft am 11. Juni 2010 in Kiel

Appell an die Landesregierung zum Erhalt der Universität Lübeck

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

die Fraktionen und die fraktionslosen Mitglieder in der Bürgerschaft beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

Eine Umbesetzung der Empfehlung der Haushaltsstrukturkommission, das Medizinstudium in Lübeck zu beenden, würde die Region Lübeck-Stormarn-Lauenburg-Ostholstein und das ganze Land Schleswig-Holstein in unabsehbarer Weise schaden.

Die Universität zu Lübeck wäre ohne eine medizinische Fakultät nicht überlebensfähig. Investitionen in ein funktionierendes System für die Verzahnung von exzellenter Grundlagenforschung, Anwendungsorientierung und Vermarktung würden vernichtet.

Der Beschluss ist falsch, weil er die aktuelle wirtschaftliche Bedeutung der Medizintechnik für Schleswig-Holstein außer Acht lässt, zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten jäh stoppt und eine bundesweit in Forschung und Lehre hervorragend aufgestellte Universität opfert.

Die Entwicklung der Universität zu Lübeck und des Hochschulstandorts Lübeck ist eine Erfolgsgeschichte für das Land Schleswig-Holstein. Das ist belegt:

- Der Medizinstudiengang wurde vom CHE wiederholt auf Platz 1 aller deutschsprachigen Studiengänge gerankt.
- Die Medizintechnik ist einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein. Er umfasst 600 Unternehmen mit 15.000 Beschäftigten.
- Weltweit bedeutende Spitzenforscher haben sich mit Projekten, Forschungsgruppen und Drittmitteln an der Universität zu Lübeck angesiedelt. Jüngster Erfolg ist die Auszeichnung von Jan Born, Leibniz-Preisträger 2010.

Zum Erfolg zählt auch die enge Verzahnung von der Universität zu Lübeck mit dem UKSH. Eine weiterhin exzellente Ausbildung in der Medizin bedarf eines UKSH, das in enger Abstimmung ein hohes Maß an medizinischer Qualität gewährleistet.

Die Bürgerschaft appelliert an den Schleswig-Holsteinischen Landtag, sein Haushaltsrecht am Wohle des Landes orientiert wahrzunehmen und fordert eine nachhaltig wirksame Bestandsgarantie für die exzellente medizinische Forschung und Lehre an der Universität zu Lübeck.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. die Berechnung des Sparvorschlags und das dahinter stehende Konzept offen zu legen,
2. die Abwägung der Entscheidung zu erläutern,
3. Alternativen zur Schließung des Medizinstudiengangs der Universität Lübeck zu prüfen und mit den Betroffenen zu diskutieren,
4. den Erhalt des UKSH als öffentliches Klinikum der Maximalversorgung auch weiterhin sicher zu stellen.

Begründung erfolgt mündlich!

Mit freundlichen Grüßen

Peter Reinhardt
Fraktionsvorsitzender

Roswita Kaske
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Raimund Mildner
Fraktionsvorsitzender

Susanne Hilbrecht
Fraktionsvorsitzende

Thomas Rathcke
Fraktionsvorsitzender

Antje Jansen
Fraktionsvorsitzende

Frau Dr. Hildegund Stamm

Lens Olaf Teschke

Klaus Voigt